



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

ARMUTSRISIKO ENERGIEWENDE?

**Mythen, Lügen,
Argumente**

luxemburg argumente

Die Energiewende ist unter Beschuss. Im Jahr 2012 wurden Solaranlagen mit einer Leistung von rund 7,6 Gigawatt installiert. Eine gewaltige Menge, mit der fast zwei Millionen Vier-Personen-Haushalte versorgt werden können. Eigentlich ein Grund zur Freude, denn die fossilen Brennstoffe, die bislang noch den größten Teil unseres Stroms liefern, sind hauptverantwortlich für die heute schon spürbaren drastischen Klimaveränderungen. Zudem werden sie in mehr oder weniger naher Zukunft aufgebraucht sein. Gleichzeitig lehnt die große Mehrheit der Bevölkerung Atomkraftwerke ab – aus gutem Grund, wie zuletzt Fukushima gezeigt hat. Da sollte man doch meinen, dass es mit der Energiewende eigentlich nicht schnell genug gehen kann.

Aber statt als Erfolg präsentieren Medien, Industrievertreter und Regierungspolitiker die Nachrichten über den raschen Ausbau erneuerbarer Energieträger als Schreckensszenario. Der Strom werde unbezahlbar, die Versorgungssicherheit sei gefährdet, und man sieht mal wieder den Standort Deutschland bedroht. Besonders peinlich wird es, wenn Vertreter der «Mövenpick-Partei» ihr Herz für Hartz-IV-Empfänger entdecken, die ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können.

Die Botschaft ist klar: Die schwarz-gelbe Koalition bläst zur Jagd auf die Energiewende. Ihr missfällt vor allem das Tempo, mit der sich der Wandel vollzieht. Erneuerbare Energieträger decken nämlich in Deutschland schon rund 22 Prozent des Strombedarfs und gefährden damit zunehmend die Position der großen Energiekonzerne. Deshalb plant die Bundesregierung für das Frühjahr 2013 eine umfassende Revision des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), das den Erfolg von Sonne, Wind & Co. erst möglich gemacht hat. Ob sie sich damit allerdings durchsetzen wird, ist noch offen, da der von der Opposition beherrschte Bundesrat hierbei ein wichtiges Wörtchen mitzureden hat.

In der aktuellen Propagandaschlacht scheint es jedoch vor allem darum zu gehen, bei der Bevölkerung die von einer Mehrheit gewollte Energiewende schlechtzumachen und somit die Gesetzesveränderung durchzuboxen. Insofern stellt sich die Frage: Was ist dran an den vielen Mythen, Lügen und Argumenten, mit denen die Öffentlichkeit aktuell bearbeitet wird?

INHALT

Viel zu teuer?

1. «Wegen der Energiewende wird Hartz-IV-Empfängern der Strom abgeklemmt» 2
2. «Die Energiewende ist unbezahlbar» 3
3. «Politische, nicht unternehmerische Entscheidungen machen den Strom teurer» 5
4. «Die Kosten laufen völlig aus dem Ruder» 6
5. Die Erneuerbaren sind viel teurer als Kohle und Atom 8
6. «Der rasante Ausbau der Photovoltaik treibt den Strompreis in die Höhe» 11
7. Die Energiewende führt zur Deindustrialisierung Deutschlands 12
8. Umweltverschmutzung muss teuer sein, damit die Leute Strom sparen 13
9. «Der Hartz-IV-Empfänger finanziert die Solaranlage des Professors» 15

Kann das mit der Energiewende überhaupt funktionieren?

10. «Wenn Deutschland so weitermacht, gehen bald die Lichter aus!» 16
11. «Deutschland wird abhängig von Stromimporten» 18
12. Wofür hässliche Windräder hierzulande? Warum nicht lieber Strom aus der Sahara oder der Nordsee beziehen? 18
13. Der Netzausbau verteuert den Strom zusätzlich 20
14. Das Netz muss ausgebaut werden, aber «Wutbürger» verhindern dies 21
15. «Wir werden auch weiter fossile Kraftwerke als Brückentechnologie benötigen» 23
16. «Der Ausbau geht zu schnell. Es gibt nicht genug Speicher» 25

Bloß Luxus und Planwirtschaft?

17. Überall gibt es Widerstand gegen Windräder 27
18. In der Wirtschaftskrise ist die Energiewende purer grüner Luxus 28
19. Energiewende heißt: Gute Jobs verschwinden 29
20. «Die Planwirtschaft erlebt dank der Energiewende ihren größten Triumph auf deutschem Boden» 30

Fazit 32

Glossar 34

Zum Weiterlesen 37

VIEL ZU TEUER?

1.

«WEGEN DER ENERGIEWENDE WIRD HARTZ-IV-EMPFÄNGERN DER STROM ABGEKLEMMT»¹

Die Behauptung: Der durchschnittliche Preis für eine Kilowattstunde Strom ist seit 2001 von 14,23 Cent auf über 28 Cent gestiegen (Stand: Januar 2013). Besonders für Hartz-IV-Empfänger wird der teure Strom zum Problem. Ihre Bedarfsätze wurden nämlich auf der Grundlage deutlich niedrigerer Preise berechnet. Die Folge: Etwa 312.000 Haushalten, schätzt die Bundesnetzagentur, wurde im Jahr 2011 vorübergehend der Strom abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlt hatten.²

Die Fakten: Dies ist ohne Zweifel ein erhebliches soziales Problem. Es ließe sich jedoch unabhängig von den Ursachen der Preiserhöhung relativ einfach beheben. Man könnte die ohnehin viel zu niedrigen Hartz-IV-Sätze erhöhen, oder man könnte Sozialtarife einführen. Eine Möglichkeit wäre, 500 Kilowattstunden pro Person und Jahr kostenlos abzugeben und den höheren Verbrauch entsprechend zu verteuern. Das hätte auch noch den positiven Effekt, dass ein zusätzlicher Anreiz zum Stromsparen geschaffen würde.

Man könnte auch bei der Mehrwertsteuer ansetzen. Wenn auf Strom statt 19 Prozent nur der ermäßigte Satz von 7 Prozent erhoben würde, wäre er um fast 3 Cent pro Kilowattstunde billiger. Hierfür wäre lediglich eine kleine Gesetzesänderung notwendig, die der Bundestag recht schnell und einfach beschließen könnte. Noch ein anderer Ansatz wäre, Ökostrom von der Stromsteuer zu befreien. Dann wäre dieser um 2,05 Cent pro Kilowattstunde billiger.

Davon abgesehen: Bereits 2006 gab es eine ähnlich hohe Zahl von Stromabschaltungen. Damals lag der durchschnittliche Strompreis aber noch bei 19,46 Cent und die sogenannte EEG-

Umlage bei 0,88 Cent pro Kilowattstunde. Offensichtlich ist das zentrale Problem nicht der jüngste Preisanstieg, sondern die zunehmende Armut in Deutschland.

2.

«DIE ENERGIEWENDE IST UNBEZAHLBAR»³

Die Behauptung: Die EEG-Umlage, mit der die privaten Stromkunden den Ausbau der erneuerbaren Energieträger finanzieren, wurde zum 1. Januar 2013 von zuletzt 3,59 auf 5,27 Cent pro Kilowattstunde erhöht. Schuld an der Preissteigerung soll allein die Energiewende sein.

Die Fakten: Die Strompreise sind, ausgehend von ihrem tiefsten Stand im Jahr 2000, um über 14 Cent pro Kilowattstunde gestiegen (Stand: Januar 2013). Die EEG-Umlage verteuerte sich im selben Zeitraum von 0,2 auf 5,27 Cent. Sie trug zum Anstieg also nur rund 36 Prozent bei. Der Rest entfiel auf andere Steuern, vor allem aber auf Erzeugung und Vertrieb. Letzteres ist der Anteil, den Stromerzeuger und Netzbetreiber einstecken, und der hat sich immerhin um rund 5,5 Cent pro Kilowattstunde erhöht. Interessantes Detail am Rande: Auch auf die EEG-Umlage wird Mehrwertsteuer erhoben, deren jüngste Erhöhung bedeutet, dass die Verbraucher nun 0,32 Cent pro Kilowattstunde mehr zahlen müssen.

Vor allem ist die EEG-Umlage auch deshalb so hoch, weil es für die Industrie zahlreiche Ausnahmeregelungen gibt. Der Bundesverband Erneuerbare Energien schätzt, dass die Umlage deshalb um 1,3 Cent pro Kilowattstunde höher liegt. Unternehmen, die mindestens eine Million Kilowattstunden jährlich verbrauchen, können eine weitgehende Befreiung von der EEG-Umlage beantragen. Die Begründung: Nur so sei es ihnen möglich, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Diese Regelung ist im Sommer 2011 von der schwarz-gelben Koalition wesentlich ausgedehnt worden. Zuvor lag der Mindest-

3

verbrauch bei 10 Millionen Kilowattstunden. Entsprechend hat sich die Zahl der Anträge auf Befreiung mindestens verdoppelt.

Der Strompreis steigt auch, weil die Verbraucher einen halben Cent pro Kilowattstunde mehr für das Netz bezahlen müssen. Knapp die Hälfte dieser zusätzlichen Kosten geht darauf zurück, dass Privathaushalte nun den Anteil der energieintensiven Industrie übernehmen müssen. Aluminium- und Stahlhütten, Papier-, Glas- oder Zementhersteller, große Rechenzentren und ähnliche Unternehmen müssen nämlich seit 2012 nicht mehr für die Nutzung der Stromleitungen zahlen.

Schließlich kommen die Verbraucher und kleinen Gewerbetreibenden seit Januar 2013 auch noch für die wirtschaftlichen Risiken der **Offshore-Windparks** auf. Schafft es der Netzbetreiber nicht, diese rechtzeitig anzubinden, hat der Windanlagenbetreiber – meist ein großer Energiekonzern oder ein milliarden-schwerer Kapitalfonds – Anspruch auf Erstattung des entgangenen Ertrages. Diese Kosten kann der Netzbetreiber künftig auf die Privatkunden umlegen. Macht weitere 0,25 Cent pro Kilowattstunde.

Ohne all diese kleinen Geschenke der schwarz-gelben Koalition an die Industrie und ohne die Belastung der EEG-Umlage mit der Mehrwertsteuer würden private Haushalte gut 3 Cent weniger pro Kilowattstunde zahlen.

«POLITISCHE, NICHT UNTERNEHMERISCHE ENTSCHEIDUNGEN, MACHEN DEN STROM TEURER»⁴

Die Behauptung: Die von der Politik vorgegebenen Rahmenbedingungen, nicht die aggressive Preistreiberei der Energiekonzerne, verteuern den Strom. Die Konzerne haben gar keine andere Wahl, als die Preise zu erhöhen.

Die Fakten: Die beiden größten deutschen Energiekonzerne E.ON und RWE verzeichneten 2011, das als schwieriges Jahr galt, einen Gewinn vor Steuern und Zinsen von 8,4 beziehungsweise 9,3 Milliarden Euro. 2012 waren es bei E.ON voraussichtlich 10,8 Milliarden Euro, und auch RWE wird sein Ergebnis vermutlich gesteigert haben. Zwar stammen die Gewinne nicht allein aus dem Stromgeschäft, doch auch dort konnten die beiden Konzerne und andere Versorgungsunternehmen noch das ein oder andere Schnäppchen machen.

So rechnet der Bund der Energieverbraucher vor, dass die Energieversorger wegen fallender Preise an der Strombörse derzeit jährlich rund 3 Milliarden Euro zusätzlichen Gewinn einstreichen. Die Versorger kaufen an der Börse in Leipzig einen Teil ihres Stroms, den sie an die Endkunden weitergeben. Nicht weitergegeben werden hingegen Rückgänge bei den Einkaufspreisen. Diese sind nämlich in den letzten beiden Jahren durch das hohe Angebot an günstigem Solar- und Windstrom deutlich gesunken.

Daher hält der Bund der Energieverbraucher nur etwa die Hälfte der jüngsten Preiserhöhungen für gerechtfertigt. Die Versorger könnten den Strom um 2 Cent je Kilowattstunde billiger anbieten und würden immer noch so viel wie vor zwei Jahren verdienen.

Ansonsten ist es unverfroren, wenn sich E.ON-Chef Johannes Teyssen, von dem das unter 3. angeführte Zitat stammt, über

⁴ E.ON-Chef Johannes Teyssen, in: Der Spiegel vom 7.6.2012.

politische Vorgaben beklagt. Die vier großen Energiekonzerne üben in vielfältiger Hinsicht erheblichen Einfluss auf die Bundesregierung aus. Das hat nicht zuletzt der Beschluss zur Verlängerung der AKW-Laufzeiten im Herbst 2010 gezeigt, der dann ein knappes halbes Jahr später nach der dreifachen Reaktorkatastrophe in Fukushima zurückgenommen werden musste. Auch die bereits erwähnte Offshore-Zulage von einem viertel Cent pro Kilowattstunde, die ab dem 1. Januar 2013 – natürlich wieder nur von Privathaushalten und Gewerbekunden – zu zahlen ist, wurde auf Druck der Industrie eingeführt.

4.

«DIE KOSTEN LAUFEN VÖLLIG AUS DEM RUDER»⁵

Die Behauptung: «Allein für die Förderung der Ökostromerzeugung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) müssen die Stromkunden im Jahr 2013 voraussichtlich insgesamt etwa 20,4 Milliarden Euro aufbringen (2012: 14,1 Mrd. Euro, 2011: 13,4 Mrd. Euro, 2010: 8,3 Mrd. Euro).»⁶

Die Fakten: 20,4 Milliarden ist reichlich übertrieben. Die Übertragungsnetzbetreiber machten für 2012 Ausgaben von rund 20,07 Milliarden Euro für den EEG-Strom geltend. Davon entfielen etwa 400 Millionen Euro auf Bürokratie- und IT-Kosten rund um die Vermarktung des Stroms. Drei Milliarden Euro flossen in Prämien, die Anlagenbetreiber erhalten, wenn sie ihren Strom selbst vermarkten. Diese Prämien sind von diversen Vertretern der Solar- und Windbranche wie auch Umweltschützern als viel zu hoch kritisiert worden. Der FDP war ihre Einführung jedoch eine Herzensangelegenheit, weil ja angeblich alles am besten und billigsten über den Markt geregelt werden kann.

⁵ Nordrhein-Westfalens CDU-Vorsitzender Armin Laschet, in: Focus vom 29.10.2012. ⁶ Presseerklärung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft vom 15.10.2012.

Tatsächlich für Ökostrom als Vergütung ausgegeben wurden hingegen nur rund 16,6 Milliarden Euro, aber auch dies stellt noch nicht die reale Fördersumme dar. Auf der Einnahmeseite verbuchen die Netzbetreiber nämlich rund 3 Milliarden Euro für den Strom, den sie an der Strombörse in Leipzig weiterverkauft haben. Dementsprechend kostet die Ökostromerzeugung nur 13,6 Milliarden Euro oder, wenn wir die anderen unsinnigen Kosten gelten lassen, 17 statt 20,4 Milliarden Euro. Dieses Geld wird über die EEG-Umlage wieder eingetrieben.

Der Betrag ist allerdings auch deshalb so hoch, weil der Ökostrom an der Börse praktisch verschleudert wird. 2012 betrug sein Preis gerade mal zwischen 4,2 und 4,4 Cent pro Kilowattstunde. Das EEG sieht für die Betreiber der Übertragungsnetze keine Anreize vor, den Strom teurer zu verkaufen. Sie bekommen die Differenz zu ihren Ausgaben ja auf jeden Fall vom Staat aus der EEG-Umlage ersetzt. Tatsächlich sind die Börsenpreise wegen der großen Mengen an Solarstrom, der vor allem dann erzeugt wird, wenn auch die Nachfrage am höchsten ist, in den letzten beiden Jahren um 10 bis 20 Prozent gesunken. Dadurch ist die Differenz zu den Vergütungen, also auch die Umlage größer geworden.

Wer also meint, dass die Kosten aus dem Ruder laufen, sollte erst einmal an diesen unsinnigen Marktmechanismen etwas ändern. Ansonsten ist festzuhalten: Zum einen sind die Vergütungssätze für neue Solaranlagen inzwischen stark gefallen. Zum anderen wird es so oder so zum Bau von neuen Kraftwerken in Deutschland kommen. Die meisten sind nämlich 30 Jahre oder älter und müssen daher in diesem oder im nächsten Jahrzehnt ersetzt werden. Die hierfür bis 2030 benötigten Investitionen belaufen sich auf etliche Dutzend Milliarden Euro, auch wenn statt Windrädern und Solaranlagen neue Kohlekraftwerke gebaut würden. Und selbstverständlich würden auch diese Kosten über die Stromrechnungen eingetrieben.

DIE ERNEUERBAREN SIND VIEL TEURER ALS KOHLE UND ATOM

Die Behauptung: Die Kosten von Strom aus Steinkohlekraftwerken betragen etwa 4,5 Cent pro Kilowattstunde, bei Braunkohlekraftwerken sind es sogar nur 3,5 Cent. Die Vergütungen für Ökostrom sind hingegen viel höher.

Die Fakten: Stimmt, aber nicht mehr in jedem Fall und nicht mehr lange und auch heute nur dann, wenn die diversen Subventionen für die konventionellen Kraftwerke ebenso wie die von ihnen verursachten Umweltschäden unterschlagen werden. Um genau zu sein: Je nach Anlagengröße gibt es für Solarstrom zwischen 11,78 und 17,02 Cent pro Kilowattstunde, für Windstrom (Onshore) in den ersten fünf Jahren 8,93 bis 9,41 (danach nur noch 4,87) und für Strom aus Biogasanlagen 5,88 bis 22,1 Cent pro Kilowattstunde (Stand: Januar 2013).

Bei genauerer Betrachtung sind die Unterschiede also gar nicht mehr so groß. Außerdem wird sich der Ökostrom aufgrund technischer Fortschritte, die erhebliche Einsparpotenziale versprechen, in Zukunft noch weiter verbilligen. Entsprechend werden die Vergütungen für Strom aus neuen Solaranlagen schon derzeit im Monatsrhythmus abgesenkt. Strom aus Kohle- und Gaskraftwerken wird dagegen langfristig teurer werden. Die Gründe: eine geringere Auslastung der Anlagen, weil der saubere Strom bevorzugt wird, steigende Brennstoffkosten sowie wachsende Kosten für **CO₂-Zertifikate**, das heißt für Verschmutzungsrechte.

Davon abgesehen wurde auch der Kohle- und Atomstrom in der Vergangenheit auf vielfältige Weise subventioniert und gefördert – und wird es weiterhin. So flossen beispielsweise im Jahr 2012 rund 514 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt in die Erforschung der Atomenergie, Reaktorsicherheit und Entsorgung, weitere 160 Millionen Euro in die Kernfusionsforschung. Beides bedeutet jeweils eine Steigerung von einigen Dutzend Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Zum Vergleich: Trotz aller Lippenbekenntnisse zur Energiewende gab es vom Bund für

die Erforschung erneuerbarer Energieträger nur knapp 430 Millionen Euro Fördergelder.

Außerdem wären da noch die sogenannten Ewigkeitskosten des Kohlebergbaus – Folgekosten, die auch lange nach der endgültigen Stilllegung der Förderanlagen anfallen. In Nordrhein-Westfalen betragen sie jährlich rund 500 Millionen Euro. Einige Städte im Ruhrgebiet haben sich inzwischen so stark abgesenkt, dass sie unter dem natürlichen Grundwasserspiegel liegen. Sie drohen in Seen zu versinken, würde nicht ständig das Wasser aus Flüssen und Bächen abgepumpt. Im Saarland wird für die nächsten Jahrzehnte mit Ewigkeitskosten von insgesamt 12 bis 13 Milliarden Euro gerechnet. Bisher ist noch völlig offen, ob ein Teil davon aus Steuergeldern aufgebracht werden muss. Völlig außer Acht gelassen sind dabei die enormen Folgekosten des Klimawandels, die sich nur schwer beziffern lassen.

Rechnet man jetzt noch die anderen Vergünstigungen für Atom- und Kohlestrom hinzu, insbesondere die mehreren Milliarden Euro, die jährlich aus den Haushalten des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen in die Unterstützung des Steinkohleabbaus fließen, kommt man nach Angaben des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft auf Kosten von derzeit 10,2 Cent pro Kilowattstunde für Kohle- und Atomstrom. Gesamtgesellschaftlich ist Onshore-Windstrom also heute bereits billiger, und Solarstrom wird es bald sein.

kWh 017757.9

kWh 063869.2

2215-11C114U
x230/400 V
5 U/kWh

Drehstromzähler
Nr. 44078753-97
10(80) A
Schltg. A7011



HEW-Eigentum
1 202 260

0922-002
20116915

KI TR

KT
15.2
.67
MER
002

Rundsteuerempfänger Z15-11
230V 50Hz Nr. 4722360-97
Schltg. A7011 Kontakt 250V 2A 115V

HEW-Eigentum
20 116 919



«DER RASANTE AUSBAU DER PHOTOVOLTAIK TREIBT DEN STROMPREIS IN DIE HÖHE»⁷

Die Behauptung: In den letzten drei Jahren (2010 bis 2012) sind Solaranlagen mit einer Leistung von jeweils rund 7,5 Gigawatt ans Netz gegangen. Das war wesentlich mehr als von vielen Experten und Politikern erwartet. Allein die 2012 errichteten Anlagen können damit Strom für knapp zwei Millionen Vier-Personen-Haushalte erzeugen, aber der Strom verteuert sich erheblich.

Die Fakten: Die jährlichen Kosten des Stroms aus den 2012 errichteten Anlagen lassen sich ziemlich gut abschätzen. Mit den 7,6 Gigawatt können im Jahr rund 6,8 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt werden. Bei einer durchschnittlichen Vergütung von 18 Cent und einem Börsenpreis von mindestens 4,5 Cent für eine Kilowattstunde ergeben sich zusätzliche Kosten in Höhe von etwas mehr als 900 Millionen Euro. Umgelegt auf den Verbrauch von Haushalten und Gewerbe (der rund 225 Milliarden Kilowattstunden beträgt), bedeutet dies eine zusätzliche Belastung von maximal 0,4 Cent pro Kilowattstunde. Mit anderen Worten: Der Solarboom 2012 hatte offensichtlich nur einen geringen Anteil an der jüngsten Preissteigerung.

11

Ansonsten haben sich Solaranlagen in den letzten Jahren drastisch verbilligt, und ein Ende des Abwärtstrends ist nicht in Sicht. Allein 2011 wurden Solarmodule um 30 bis 40 Prozent billiger und 2012 noch einmal um 15 bis 30 Prozent. Entsprechend sinkt auch die Vergütung für Neuanlagen immer mehr. Inzwischen ist der Strom aus neuen Solaranlagen bereits billiger als der aus den von der Bundesregierung gehätschelten Offshore-Windparks.

DIE ENERGIEWENDE FÜHRT ZUR DEINDUSTRIALISIERUNG DEUTSCHLANDS

Die Behauptung: Hohe Energiekosten verschlechtern die Position der deutschen Industrie und treiben Unternehmen in andere Länder, in denen sie für Strom weniger zahlen. «Denn: Die Energiekosten entscheiden [...], ob eine Firma ihre Produktion ins Ausland verlagert.»⁸

Die Fakten: Für diejenigen, die sich in der letzten Zeit am lautesten beklagt haben, ist der Strom in den letzten Jahren sogar billiger geworden. Industriekunden haben 2012, sofern sie nicht von den diversen Vergünstigungen wie Befreiung von der EEG-Umlage und den Netzentgelten profitiert haben, im Durchschnitt nur 13,87 Cent pro Kilowattstunde gezahlt. Der stromintensiven Industrie wurden sogar nur 9,3 Cent berechnet, während private Stromkunden durchschnittlich 25,74 Cent berappen mussten. Für Letztere stiegen die Preise zwischen 2008 und 2013 um fast 7 Cent, für die – nichtprivilegierten – Industriekunden jedoch gerade mal um rund 0,31 Cent pro Kilowattstunde.

Diejenigen, die mit der Abwanderung von Unternehmen drohen, unterschlagen meist, dass nicht jeder Betrieb so ohne Weiteres ins Ausland verlagert werden kann. Das gilt zum Beispiel für die Erdö Raffinerien, die zum einen für den hiesigen Markt produzieren und zum anderen nur mit gewaltigem Aufwand umziehen können. Dennoch gehören sie zu den vom Staat privilegierten Unternehmen.

Es stimmt zwar, dass die deutschen Industriestrompreise im europäischen Vergleich ziemlich weit vorn liegen, allerdings nur solange der Durchschnitt betrachtet wird. Die besonders großen Abnehmer hingegen werden nicht nur staatlicherseits mit allerlei Geschenken bedacht, sie können sich auch bei den Anbietern oder an der Strombörse besonders günstig eindecken. Das führt dazu, dass die Preise in Deutschland, wie das Portal

Germany Trade & Invest schon Anfang 2011 schrieb, «insbesondere im Bereich sehr großer Abnahmemengen unterhalb des EU-Durchschnitts» liegen.

Auch ansonsten sind die Differenzen nicht gerade dramatisch. 2010 lagen die hiesigen Strompreise für nichtprivilegierte Unternehmen zum Beispiel mit 11,55 Cent pro Kilowattstunde 1,8 Cent über dem EU-Durchschnitt, jedoch stattliche 2,35 Cent unter dem Preis in Italien. Das jedenfalls besagen die Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums. Nach den Statistiken des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft betragen die Preise für die nichtprivilegierte Industrie 2010 sogar nur 10,84 Cent pro Kilowattstunde. Die energieintensiven Betriebe zahlten, wie bereits erwähnt, noch weniger.

Außerdem: Dass die Position deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb ernsthaft gefährdet sei, ist ein ziemlich schlechter Witz. Zu einer der Ursachen der aktuellen Eurokrise gehört schließlich, dass Deutschland permanent erheblich mehr ans Ausland verkauft, als es von dort einführt. Dieser Exportboom verweist nicht zuletzt auf die überaus positiven Produktionsbedingungen für Unternehmen in Deutschland, führt aber in der Europäischen Union und auf dem Weltmarkt zu erheblichen Schief lagen.

13

8.

UMWELTVERSCHMUTZUNG MUSS TEUER SEIN, DAMIT DIE LEUTE STROM SPAREN

Die Behauptung: Strom wird nur gespart, wenn er teuer ist. Mit diesem Argument wurde 1999 von der rot-grünen Bundesregierung die Stromsteuer eingeführt, die zum Teil der Gegenfinanzierung der Kohlesubventionen dient. (Ein anderer Teil finanziert Zuschüsse an die Sozialkassen, die zur Begrenzung der Arbeitgeberanteile eingeführt wurden.)

Die Fakten: Zum einen haben ärmere Haushalte bereits einen unterdurchschnittlichen Energieverbrauch, leiden aber besonders unter hohen Preisen. Bei ihnen ist nämlich der Anteil des

Einkommens, der für Energie ausgegeben werden muss, größer als bei den besser Betuchten. Zum anderen haben ärmere Menschen auch einen geringeren Einfluss auf ihren Energieverbrauch, weil sie sich beispielsweise neue und damit sparsamere Haushaltsgeräte häufig nicht leisten können und sie als Mieter kaum eine Möglichkeit haben, sich gegen eine schlechte Wärmedämmung ihrer Wohnung oder etwa stromfressende Durchlauferhitzer zu wehren.

Ansonsten: In Deutschland verbrauchen Privathaushalte nur knapp 26 Prozent des Stroms. Auf das Konto der Industrie gehen hingegen gut 46 Prozent, wobei der exorbitante Stromverbrauch der Atom- und anderer Großkraftwerke noch nicht einmal eingerechnet ist. Auf das Gewerbe entfallen noch einmal rund 25 Prozent. Individuelles Stromsparen ist grundsätzlich sicherlich sinnvoll. Die in der öffentlichen Diskussion oft zu beobachtende Fokussierung auf das Konsumentenverhalten hat aber auch die Funktion, von den eigentlichen Verschwendern abzulenken. Diese werden nicht nur durch geringere Steuern und Abgaben begünstigt. Ihnen berechneten die Stromerzeuger 2012 auch rund 4,5 Cent pro Kilowattstunde weniger als den privaten Verbrauchern.

14

Wollte man hingegen Privathaushalten tatsächlich dabei helfen, Strom zu sparen, dann wären strikte gesetzliche Vorgaben für den maximalen Energieverbrauch neuer Haushaltsgeräte der richtige Weg. In Japan hat man damit gute Erfahrungen gemacht. Dort werden diese Standards alle paar Jahre nach unten korrigiert, indem man die besten Geräte mit dem niedrigsten Verbrauch zum Maßstab macht.

«DER HARTZ-IV-EMPFÄNGER FINANZIERT DIE SOLARANLAGE DES PROFESSORS»⁹

Der Vorwurf: Es gibt in der Energiewende einen Umverteilungseffekt, der die Mittelschichten begünstigt.

Die Fakten: Das ist richtig, aber vor allem eine Folge der speziellen Ausgestaltung der EEG-Umlage. Gäbe es keinerlei Ausnahmeregelungen mehr für die Industrie, wäre die Umlage niedriger und der Umverteilungseffekt geringer. Außerdem ist die Umlage auch deshalb so hoch, weil die Netzbetreiber den Ökostrom an Großabnehmer zu Spottpreisen an der Börse verkaufen. Die Gelder aus der Umlage kommen also nicht nur dem Professor mit Eigenheim und Solaranlage auf dem Dach, sondern auch dem industriellen Großverbraucher zugute. Das könnte der Gesetzgeber relativ einfach durch eine Änderung der Berechnungsgrundlage abstellen.

Ansonsten wäre es sicherlich wünschenswert, dass mehr Wohnungsbaugenossenschaften und Stadtwerke Solaranlagen, Windräder, Biogasanlagen und Blockheizkraftwerke bauen würden. Die damit erzielten öffentlichen Einnahmen könnten von staatlichen Stellen für bezahlbare Mieten, Schulen, Kindergärten und Ähnliches verwendet werden, und der Umverteilungseffekt der EEG-Umlage würde vermindert.

KANN DAS MIT DER ENERGIEWENDE ÜBERHAUPT FUNKTIONIEREN?

10.

«WENN DEUTSCHLAND SO WEITERMACHT, GEHEN BALD DIE LICHTER AUS!»¹⁰

Die Behauptung: Nachdem die Bundesregierung im Jahr 2011 die Stilllegung von neun Atomkraftwerken veranlasst hatte – von denen zwei ohnehin bereits seit mehreren Jahren abgeschaltet waren –, hieß es, im Winter könne die Versorgung schwierig werden. Es war von einer «Stromlücke» die Rede.

Die Fakten: Tatsächlich kamen im Winter 2011/2012 zwei Mal Kraftwerke der sogenannten **Kaltreserve** zum Einsatz. Die Ursache war aber nicht, wie vielfach behauptet, der bislang zaghafte umgesetzte Atomausstieg, sondern der unerwartete Ausfall des Blocks C im AKW Gundremmingen in Bayern Anfang Dezember 2011 beziehungsweise die Reaktion des Betreibers E.on auf diesen Vorfall. Dieser verzichtete nämlich darauf, einige süddeutsche Gaskraftwerke hochzufahren, was der normale Vorgang gewesen wäre, zumal diese nicht allzu weit von Gundremmingen Strom hätten einspeisen können. Auch der zu dieser Zeit reichlich vorhandene Windstrom konnte nicht genutzt werden, weil der Netzbetreiber Tennet diesen bereits nach Italien verkauft hatte. Dass stattdessen Kraftwerke der Kaltreserve in Österreich angeworfen wurden, auf die die deutschen Netzbetreiber bei Bedarf zugreifen können, hat mit Kostengründen zu tun. Der von diesen Kraftwerken produzierte Strom ist relativ teuer, da sie die allermeiste Zeit im Jahr stillstehen, aber trotzdem bezahlt werden müssen. Diese Kosten lassen sich jedoch auf die Stromkunden umlegen. Die Unkosten seiner Gaskraftwerke hätte hingegen E.on allein tragen müssen.

Der Öffentlichkeit wurde derweil vorgeflunkert, man habe auf die Kaltreserve zurückgreifen müssen, weil das Netz nicht ausgereicht habe, den vielen Windstrom nach Süddeutschland zu



transportieren. Ein gutes Beispiel dafür, dass auch das Verteilungsnetz dringend den Konzernen aus den Händen genommen und öffentlicher Kontrolle unterstellt werden muss.

11.

«DEUTSCHLAND WIRD ABHÄNGIG VON STROMIMPORTEN»¹¹

Die Behauptung: Der Strom der stillgelegten Atomkraftwerke muss irgendwie ersetzt werden, das heißt, die Energiewende macht uns abhängig von Stromimporten.

Die Fakten: Der Stromhandel über Ländergrenzen hinweg ist von Unternehmen und Regierungen gewollt und keine Erfindung der Umweltbewegung. Tatsächlich ist Deutschland aber schon seit Jahren Nettoexporteur und hilft zum Beispiel auch hin und wieder in Frankreich aus, wenn dort die Atomkraftwerke aufgrund zu großer Hitze nicht mehr genug Kühlwasser haben und daher heruntergefahren werden müssen. Im Jahr 2012 hat Deutschland mit rund 23 Milliarden Kilowattstunden, das sind gut 4 Prozent der **Nettostromproduktion**, so viel Energie ausgeführt wie nie zuvor.

18

12.

WOFÜR HÄSSLICHE WINDRÄDER HIERZULANDE? WARUM NICHT LIEBER STROM AUS DER SAHARA ODER DER NORDSEE BEZIEHEN?

Die Behauptung: Mit Großprojekten kann die Energiewende schneller gelingen. Mehr Strom von Offshore-Windparks oder aus Nordafrika bedeutet zugleich, dass das lästige Problem des lokalen Widerstands entfallen würde.

¹¹ Stellungnahme des Verbandes der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft VIK vom 27.8.2012.

Die Fakten: Alle Meinungsumfragen zeigen in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz für die erneuerbaren Energieträger. Selbst in den Regionen, in denen sich lokale Bürgerinitiativen gegen das Aufstellen von Windrädern wehren, sind die Menschen mehrheitlich für den Ausbau. In Schleswig-Holstein und Niedersachsen gibt es zudem eine lange Tradition von Windparks in Bürgerhand, was die Akzeptanz weiter erhöht.

Ansonsten lassen sowohl das Wüstenprojekt DESERTEC als auch der Ausbau auf See sehr viel länger auf sich warten als geplant. Zudem ist fraglich, ob damit in Zukunft überhaupt der Strombedarf in Deutschland zu decken wäre. Davon abgesehen handelt es sich bei diesen Hightech-Projekten um Lösungsansätze, die maßgeblich von den mächtigen Energiekonzernen vorangetrieben und kontrolliert werden und eine dezentrale Stromversorgung eher behindern.

Diese Großprojekte sind zudem teuer. Je mehr Strom vor den Küsten erzeugt wird und nicht in der Nähe der Verbrauchszentren im Süden des Landes, desto mehr Leitungen müssen gebaut werden. Die damit verbundenen Kosten werden über die Netzentgelte auf die Stromkunden umgelegt – und gerade nicht auf die energieintensiven Unternehmen, denen sie erlassen werden (siehe auch Punkt 13). Das heißt, auch hier zahlen vor allem die Privatkunden und Gewerbetreibenden, und zwar gleich doppelt und dreifach. Denn zum einen hat die Bundesregierung im Herbst 2012 beschlossen, dass die Stromkunden für den wirtschaftlichen Schaden aufkommen müssen, wenn die Netzbetreiber nicht schnell genug für den Anschluss von Windparks sorgen. Ab dem 1. Januar 2013 zahlen wir hierfür einen viertel Cent pro Kilowattstunde, obwohl noch gar kein Schadensfall eingetreten ist. Zum anderen werden für den Offshore-Strom die höchsten Vergütungen gezahlt: in den ersten zwölf Jahren 15 Cent pro Kilowattstunde, danach 3,5 Cent. Onshore-Strom bekommt hingegen nur eine Anfangsvergütung von 8,93 bis 9,41 Cent pro Kilowattstunde, und diese lediglich für fünf Jahre. Danach gibt es 4,87 Cent pro Kilowattstunde. Für Strom aus Solaranlagen, die ab dem 1. Januar 2013 errichtet werden, gibt es je nach Größe zwischen 11,78 und 17,02 Cent pro Kilowattstunde für einen Zeitraum von 20 Jahren, wobei für Neuanlagen diese Vergütungen im Monatsrhythmus weiter abgesenkt werden.

DER NETZAUSBAU VERTEUERT DEN STROM ZUSÄTZLICH

Die Behauptung: Um den Windstrom aus den Bundesländern mit Küstenlage sowie aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt in die Verbrauchszentren im Süden zu transportieren, sind neue Höchstspannungstrassen notwendig, die viel Geld kosten. Über die Netzentgelte verteuert das den Strom.

Die Fakten: Richtig ist, dass auch viele Umweltschützer und die Interessenverbände aus der Erneuerbare-Energien-Branche den Netzausbau befürworten. Es gibt aber erheblichen Zweifel, ob die im Dezember 2012 von der Bundesregierung nach den Vorgaben der Netzbetreiber beschlossenen 2.800 Kilometer neuer Trassen tatsächlich erforderlich sein werden (siehe hierzu auch Punkt 14).

Ansonsten sind längst nicht alle notwendigen Investitionen eine Folge der Energiewende. Spätestens seit der Liberalisierung des Strommarktes 1998 wird zu wenig Geld für die Instandhaltung des Höchstspannungsnetzes ausgegeben. Dieses Netz dient dem Austausch zwischen den Regionen und ist meist gemeint ist, wenn vom Netzausbau die Rede ist. Die nach der Trennung von Netz und Erzeugung nun eigenständigen Netzbetreiber-gesellschaften haben das Netz vor allem als «Melkkuh» genutzt. Inzwischen gibt es einen Investitionsstau in Milliardenhöhe, während satte Gewinne an Aktionäre und Gesellschafter abgeführt wurden – wie so häufig bei derartigen Privatisierungen.

Wie sehr in den letzten beiden Jahrzehnten auf Kosten der Substanz gespart worden ist, zeigt folgender Vergleich: 1994 wurden nach Angaben des Fachinformationsdienstes IWR noch umgerechnet 4 Milliarden Euro in die Netze investiert. Bis 2003 sank dann der jährliche Betrag für Instandhaltung, Erneuerung und Ausbau auf 1,3 Milliarden Euro. Seitdem sind die Investitionen wieder gestiegen, erreichten aber erst 2011 mit 3,6 Milliarden Euro wieder das nominelle Niveau von Anfang der 1990er Jahre. Berücksichtigt man die zwischenzeitliche Geldentwertung, werden heute we-

niger Mittel als noch vor 20 Jahren in die Netze investiert. Dementsprechend hoch waren die Profite der Netzbetreiber in den letzten Jahren. Das erkennt man auch daran, dass seit 2005 die von den Stromkunden zu zahlenden Netzentgelte sinken, obwohl die Investitionen in die Netze wieder zunehmen. In diesem Jahr hatte nämlich die Bundesnetzagentur, die öffentliche Netzaufsicht, den Netzesellschaften auf die Finger geklopft und die Netzentgelte beschränkt. Seitdem können die Unternehmen nicht mehr Fantasiepreise für ihre Dienstleistung festsetzen. Haushalte zahlten 2006 für die Netze 7,3 Cent pro Kilowattstunde, 2011 waren es nur noch 5,8 Cent.

Dabei müssen Privat- und Gewerbekunden auch noch einen Teil der Kosten der energieintensiven Industrie schultern. Die Bundesregierung hat dieser nämlich in der Vergangenheit in mehrere Schritten die Netzentgelte erlassen. Begründung: Wegen des Netzausbaus für die Energiewende würden die Entgelte steigen. Dies dürfe aber auf keinen Fall die Position der Unternehmen im internationalen Wettbewerb gefährden. Wie oben gezeigt, sind steigende Investitionen in die Netze zwar notwendig. Sie sind aber zu einem großen Teil auch das Ergebnis von erheblichen Versäumnissen in der Vergangenheit und damit völlig unabhängig von der Energiewende.

21

14.

DAS NETZ MUSS AUSGEBAUT WERDEN, ABER «WUTBÜRGER» VERHINDERN DIES

Die Behauptung: Es ist mit starkem Widerstand von Bürgerinitiativen zu rechnen, die sich gegen den Bau von Stromtrassen in ihrem Umfeld wehren werden. Damit droht sich der Netzausbau erheblich zu verzögern, was wiederum die Energiewende verlangsamen würde.

Die Fakten: Die Bundesregierung hat kurz vor Weihnachten 2012 einen Gesetzentwurf beschlossen, der den Bau von 2.800 Kilometern neuer Stromtrassen und den Ausbau von weiteren 2.900 Kilometern Stromleitungen vorsieht. Die Klagerechte von Naturschutzverbänden und Anwohnern sollen stark einge-

schränkt werden. Damit folgte die Regierung den Vorgaben der Bundesnetzagentur, die wiederum die meisten Forderungen der Netzbetreiber berücksichtigte. (Hier geht es immer um das Höchstspannungsnetz, das der Verteilung zwischen den Regionen und über große Entfernungen hinweg dient. Im Glossar sind die verschiedenen Netzarten erklärt.)

Grundsätzlich ist die Skepsis vieler Bürger berechtigt. Nicht alle Leitungen werden für den Transport sauberen Stroms gebaut. Sie werden auch für die Weiterleitung des Stroms aus neuen Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken (die zurzeit in Wilhelmshaven, Stade, Brunsbüttel und Hamburg sowie im sächsischen Boxberg und in Profen in Sachsen-Anhalt entstehen bzw. geplant sind) in den Süden des Landes gebraucht. Zudem gäbe es zusätzliche Leitungskapazitäten, wenn im Nordwesten endlich die letzten Atomkraftwerke abgeschaltet würden.

22

In den Jahren 2009 und 2010 fand ein von der Deutschen Umwelthilfe moderierter Diskussionsprozess zwischen zahlreichen Bürgerinitiativen, Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie lokalen und regionalen Energieversorgern und Betreibern einiger Mittelspannungsnetze statt. Herausgekommen ist dabei ein sogenannter Plan N. Das umfangreiche Konsenspapier benennt die wesentlichen Voraussetzungen für eine größere lokale Akzeptanz des Netzausbaus, darunter größere Mindestabstände der Stromleitungen zu Wohnhäusern, unterirdische Kabel an besonders neuralgischen Punkten und vieles Sinnvolle mehr. Einzig die vier großen Netzbetreiber haben sich der Diskussion verweigert. Bestärkt wurden sie darin von der Bundesregierung, die den ganzen Diskussions- und Moderationsprozess zwar finanziell unterstützte, aber vorzog, die Empfehlungen des «Plans N» einfach zu ignorieren.

«WIR WERDEN AUCH WEITER FOSSILE KRAFTWERKE ALS BRÜCKENTECHNOLOGIE BENÖTIGEN»¹²

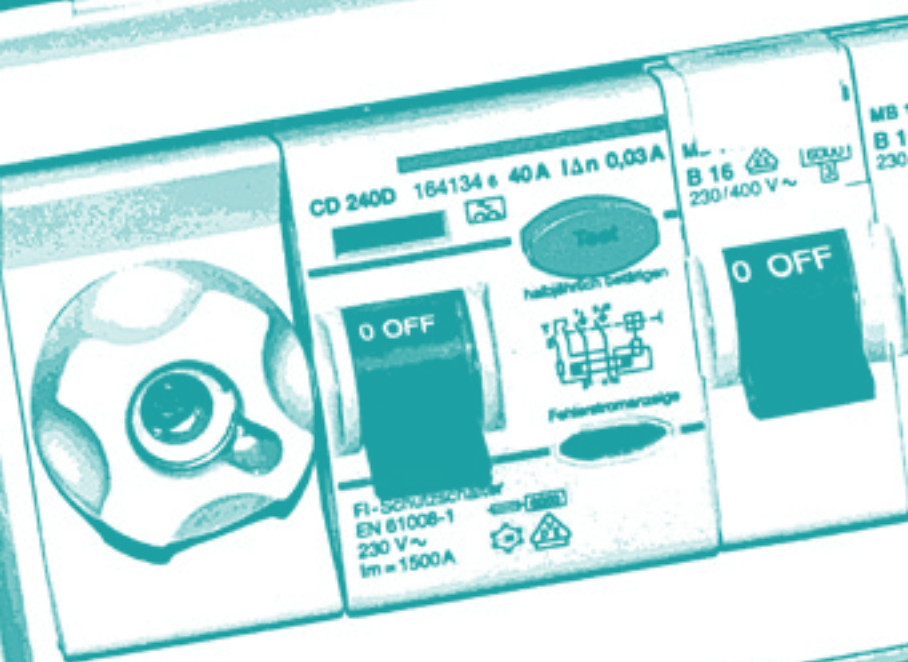
Die Behauptung: Der Widerstand gegen den Braunkohletagebau und gegen Kohlekraftwerke schadet der Energiewende, denn ohne neue Kohlekraftwerke kommt es zu einer wirtschaftlich schädlichen Stromlücke.

Die Fakten: Es stimmt, dass der Strombedarf in Deutschland auf absehbare Zeit nicht allein mit Windkraft- und Solaranlagen gedeckt werden kann. Wind- und Solarstrom fallen wetterbedingt unregelmäßig an. Für die Zeiten, in denen Windräder und Solaranlagen keinen Strom produzieren, müssen Speicher und andere Kraftwerke bereitstehen.

Kohlekraftwerke sind aber nicht nur besonders klimaschädlich, sie sind für diese Aufgabe der Überbrückung auch denkbar ungeeignet. Hierfür werden flexible Anlagen benötigt, die schnell zum Einsatz kommen können. Braunkohlekraftwerke – und übrigens auch Atomkraftwerke – sind aber zu schwerfällig im Betrieb. Technisch sind sie für häufiges Hoch- und Herunterfahren gar nicht ausgelegt.

Mit Abstrichen gilt das auch für Steinkohlekraftwerke, die sich außerdem ökonomisch nicht rechnen, wenn sie nicht mindestens 6.000 von den 8.760 Stunden, die das Jahr hat, im Betrieb sind. Hinzu kommt, dass die neuen Großkraftwerke, wie sie zum Beispiel von Vattenfall in Hamburg-Moorburg oder GDF Suez in Wilhelmshaven gerade gebaut werden, viel zu groß sind, als dass ihre Abwärme sinnvoll verwendet werden könnte. Über die Hälfte der in der Kohle enthaltenen Energie wird so ungenutzt an die Umwelt abgegeben.

Daher wäre es wesentlich sinnvoller, kleine dezentrale Kraftwerke zu bauen, deren Abwärme zum Heizen und für Warmwasser genutzt werden kann. Das Problem ist nur, dass diese



11	12	13	14	15
Vorsicher. FI			Steck	
FI-Schutzschalt.			Steck	
Steck.d + Licht Bad				

in Deutschland nicht zum Geschäftsmodell der Großkonzerne passen. Hierfür bedarf es einer politischen Entscheidung. So hat das Nachbarland Dänemark bereits in den 1990er Jahren den Bau von Kraftwerken verboten, die nicht zugleich auch ihre Abwärme nutzen. Die optimale Lösung wären kleinere Gaskraftwerke, die zugleich Fern- und Nahwärme liefern. Erdgas, das größtenteils aus Methan und ein wenig Wasserstoff besteht, hat den Vorteil, dass es von allen fossilen Brennstoffen die geringsten Treibhausgasemissionen pro erzeugter Kilowattstunde verursacht. Außerdem lässt es sich leicht mit aufbereitetem Biogas und eines Tages vielleicht auch mit synthetisiertem Methan ergänzen. Letzteres könnte mit überschüssigem Strom erzeugt werden.

Stattdessen machen die schwarz-gelbe Bundesregierung wie auch wesentliche Teile der SPD weiter Werbung für Kohlekraftwerke. Milliardensummen werden in eine veraltete Technik gesteckt, die als großer Bremsklotz auf dem Weg zu einer vollständigen Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energieträger wirkt. In Wilhelmshaven wird zum Beispiel rund eine Milliarde Euro verbaut, in Profen in Sachsen-Anhalt plant die Mibrag eine ähnliche Summe für ein Braunkohlekraftwerk ein, und das neue Braunkohlekraftwerk von RWE im rheinischen Neurath, das im Spätsommer 2012 in Betrieb ging, hat 2,6 Milliarden Euro gekostet.

25

16.

«DER AUSBAU GEHT ZU SCHNELL. ES GIBT NICHT GENUG SPEICHER»¹³

Die Behauptung: Weder Wind- noch Sonnenenergie fallen ständig an. In einer windstillen Nacht oder an einem neblig-trüben Wintertag können sie die Energieversorgung daher nicht sicherstellen. Außerdem destabilisieren die Schwankungen bei der Einspeisung die Stromnetze.

¹³ EU-Energiekommissar Günther Oettinger, in: Focus vom 30.8.2012.

Die Fakten: Speicher werden, auch wenn der Ausbau im derzeitigen schnellen Tempo weitergeht, voraussichtlich erst zum Ende des Jahrzehnts benötigt. Erst ab einem Ökostromanteil von 40 Prozent müssen neue Möglichkeiten geschaffen werden, Strom zwischenzulagern. Das hat im Sommer 2012 eine Studie des Verbandes der Elektrotechnik gezeigt, in dem Ingenieure, Wissenschaftler und Unternehmen zusammengeschlossen sind. Schon jetzt wäre es jedoch erforderlich, mehr Gelder in die Forschung und Entwicklung neuer Speichertechnologien zu stecken.

Das Interesse daran ist bei den großen Stromkonzernen allerdings – vorsichtig ausgedrückt – begrenzt. Ihnen geht es vielmehr darum, möglichst viel Strom aus ihren mit Kohle befeuerten Großkraftwerken verkaufen zu können. Dabei kommen ihnen die Erneuerbaren zunehmend ins Gehege. Daher das Propagandafeuerwerk gegen die Energiewende und die Versuche, den Ausbau von Solar- und Windenergie auszubremsen.

26

Dass es auch anders geht, zeigt wiederum das Beispiel Dänemark. Hier befinden sich das Höchstspannungsnetz sowie Teile der regionalen Netze in der Hand einer öffentlich-rechtlich organisierten Gesellschaft. Sie muss keinen Gewinn erwirtschaften, sondern lediglich die Versorgungssicherheit gewährleisten. Dazu gehört unter anderem auch, dass sie Forschung und Entwicklung im Bereich neuer Speichermethoden anstößt und finanziert. Zwischen Öresund und Nordsee wurden im Jahr 2011 bereits 28 Prozent des Stroms von Windrädern geliefert. In Deutschland waren es in etwa 8 Prozent, der Anteil der erneuerbaren Energien belief sich insgesamt auf 20,1 Prozent. Obwohl man im Norden also schon deutlich weiter ist als hierzulande, hat man dort keinerlei Probleme mit der Versorgungssicherheit und mit fehlenden Speichern. Nach Angaben des Dachverbandes der dänischen Energieversorger hat das Land in Europa sogar die wenigsten Netzausfälle.

ÜBERALL GIBT ES WIDERSTAND GEGEN WINDRÄDER

Die Behauptung: Die Bürger wollen weder Atomkraftwerke noch Windräder. Sobald ihnen das eine oder das andere vor die Nase gesetzt wird, protestieren sie.

Die Fakten: Stimmt nicht. Alle Meinungsumfragen zeigen das Gegenteil. Anfang Dezember 2012 ergab eine Befragung durch TNS Infratest, dass im Bundesdurchschnitt 77 Prozent der Befragten Solaranlagen und 61 Prozent Windrädern in ihrer Nachbarschaft positiv gegenüberstehen. Kohlekraftwerke finden hingegen nur 8 Prozent akzeptabel, Atomkraftwerke gar nur 3 Prozent.

Dort, wo die Menschen allerdings wenig Einfluss auf die Flächenplanung und noch weniger Nutzen von den Anlagen haben, gibt es auch relativ viel Widerstand, wie zum Beispiel in einigen Regionen in den neuen Bundesländern. Dort sind die Eigner von Windparks oft Kapitalfonds. Anwohner sind hingegen selten an den Anlagen beteiligt. In Regionen mit einem hohen Anteil von Bürgerwindparks wie in Schleswig-Holstein sind die Gegner dagegen eher eine kleine Minderheit.

Es kommt allerdings immer wieder zu vereinzelt Konflikten zwischen Dörfern, wenn zum Beispiel Anlagen an der Gemarkungsgrenze errichtet werden, was den einen das Steueraufkommen und den anderen die Nachteile beschert. Derlei lässt sich aber zum Beispiel über Regelungen vermeiden, die eine Aufteilung der Einnahmen vorsehen.

IN DER WIRTSCHAFTSKRISE IST DIE ENERGIEWENDE PURER GRÜNER LUXUS

Die Behauptung: Umweltschutz, Energiewende und Klimawandel sind Themen für satte Lehrer und Beamte. Arbeiter und Hartz-IV-Empfänger haben andere Sorgen, insbesondere in der Krise.

Die Fakten: Zum einen sind von Umweltschäden im Allgemeinen und dem Klimawandel im Besonderen immer zuerst und am meisten die Ärmern betroffen. Das gilt hierzulande wie auch im globalen Maßstab. Die Armen müssen an viel befahrenen Straßen wohnen oder in der Nähe von Industrieanlagen. Sie haben kaum Mittel, sich vor Umweltbelastungen zu schützen, und sie bekommen als Erste die steigenden Lebensmittelpreise zu spüren. Sie können außerdem nicht so einfach an einen sicheren Ort ziehen und sind besonders gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt.

Zum anderen kann die Energiewende auch einen Ausweg aus der Krise bieten. Vor allem dann, wenn sie dezentral erfolgt und die Windparks und Solaranlagen den Menschen in der Nachbarschaft gehören, etwa in Form von kleinen Genossenschaften oder örtlichen Stadtwerken, sofern diese noch im Besitz der Kommunen sind.

Bisher fließt das mit dem Strom verdiente Geld meist in die Kassen großer Konzerne oder als Gewerbesteuererinnahmen an wenige Städte, in denen die Gesellschaften ihren Sitz haben. Eine dezentral organisierte Versorgung würde Einkommen und Steueraufkommen hingegen gerechter verteilen. Der Brocken, um den es geht, ist kein kleiner: Immerhin zahlen Privat-, Industrie- und Gewerbekunden im Jahr zwischen 50 und 60 Milliarden Euro für Strom.

Ein erster notwendiger Schritt wäre, die Stadtwerke zurückzukaufen oder neue zu gründen, was mancherorts bereits geschehen ist. Die Kommunen hätten dann die Möglichkeit, mehr Wertschöpfung vor Ort zu kontrollieren. Der Verkauf der kommu-

nen Betriebe hat in den vergangenen Jahrzehnten oft auch den Abfluss von Gewinnen bedeutet, die nicht nur den städtischen Haushalten, sondern auch der regionalen Ökonomie fehlen.

19.

ENERGIEWENDE HEISST: GUTE JOBS VERSCHWINDEN

Die Behauptung: Die Stilllegung von Kraftwerken, insbesondere der Bedeutungsverlust der Kohle im Zuge der Umstellung auf erneuerbare Energien, vernichtet gute, oft gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze. Außerdem gefährden hohe Energiekosten Arbeitsplätze in der Exportwirtschaft.

Die Fakten: Was die deutsche Industrie angeht, so steht sie im internationalen Wettbewerb glänzend da. Zu gut sogar, wenn man den seit vielen Jahren hohen deutschen Außenhandelsüberschuss betrachtet und dabei an die Folgen denkt, den dieser für Länder wie Griechenland oder Spanien hat. Und dass der Strom für die Industrie keineswegs so teuer ist, wie die ewigen Klagelieder der Lobbyisten vermuten lassen, wurde schon weiter oben (siehe Punkt 7) aufgezeigt.

29

Was den deutschen Steinkohlebergbau betrifft, so ist dessen Ende auf das Jahr 2018 festgelegt. Nur hat das rein gar nichts mit der Energiewende zu tun. Vielmehr haben sich die EU-Mitglieder darauf geeinigt, dass der Bergbau nicht mehr subventioniert werden darf. Doch ohne staatliche Zuschüsse lohnt sich die Buddelei an Ruhr und Saar nun einmal nicht. Finanziert wird der teure Kohleabbau übrigens über die Stromsteuer, die vor allem Privathaushalte zahlen. Derzeit immerhin 2,05 Cent pro Kilowattstunde.

Und für die Kraftwerke gilt: Die stillgelegten Atomkraftwerke werden noch viele weitere Jahre einen Teil der Belegschaft auf Trab halten. In den alten Steinkohlekraftwerken, die ohnehin meist bis spätestens 2030 ersetzt werden müssen, arbeiten zwischen 200 und 300 Menschen. In einem modernen Steinkohlekraftwerk sind es allerdings eher 160 oder 170 und

in einem neuen Gaskraftwerk noch einmal 100 weniger. Viele Arbeitsplätze fallen also auf jeden Fall schon allein durch die anstehende Erneuerung weg.

Bleibt die Braunkohle. In der deutschen Braunkohleindustrie, das heißt in den Tagebauen von Mibrag, Vattenfall und RWE sowie den angeschlossenen Kraftwerken, gibt es nach Angaben des Braunkohleverbandes insgesamt etwas mehr als 20.000 Beschäftigte, was im Vergleich zu den Arbeitsplätzen im Sektor erneuerbare Energien nicht viel ist. Nach Angaben der Agentur für Erneuerbare Energien waren 2011 in der Branche (bei Herstellern, Zulieferern sowie in der Wartung) etwa 382.000 Menschen beschäftigt.

Wahr ist allerdings, dass die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in den Unternehmen im Sektor der erneuerbaren Energien tendenziell unterdurchschnittlich sind: Es gibt keine Flächentarifverträge, und die gesundheitlichen Belastungen sind für die (oft migrantischen) Beschäftigten sehr hoch. Mitunter sind Betriebe nicht tarifgebunden und ohne Betriebsrat. In einigen Unternehmen, auch in den größeren, gibt es ein ausgesprochen gewerkschaftsfeindliches Management. Außerdem ist oft der Organisationsgrad unter den Beschäftigten recht gering, das heißt, die Gewerkschaften haben nur wenige Mitglieder und können daher nicht viel Druck ausüben.

30

20.

«DIE PLANWIRTSCHAFT ERLEBT DANK DER ENERGIEWENDE IHREN GRÖSSTEN TRIUMPH AUF DEUTSCHEM BODEN»¹⁴

Die Behauptung: Durch garantierte Vergütungen für Ökostrom verzerrt der Staat den Markt, wodurch wiederum der Strom teurer wird. Außerdem ist nicht einzusehen, warum nach den Plänen der Regierungskoalition die Stilllegung eines Kraftwerkes künftig zwölf Monate im Voraus angemeldet werden muss.

Die Fakten: Mit dem Etikett Planwirtschaft soll die Energiewende diskreditiert werden. Tatsächlich ist der Vorwurf aus zwei Gründen absurd: Zum einen hat es in den ersten Jahren nach der Verabschiedung des EEG ebenso wie bei seinen Vorläufern oft erheblich an Planung gemangelt. So ist etwa der Bau von Windkraft- und Biogasanlagen zu wenig reguliert worden. Bei Biogasanlagen wäre es zum Beispiel wesentlich sinnvoller, sie in das Erdgasnetz zu integrieren oder zumindest ihre Stromproduktion so zu steuern, dass sie Wind- und Solarenergie ergänzt. Die Anlagen sollten vor allem dann in Betrieb sein, wenn nicht genug Wind- oder Solarstrom vorhanden ist. Zum anderen ist die Stromproduktion ein Feld, das allein aus physikalischen Gründen viel Planung erfordert. Im Gegensatz zu Autos und Konserven muss Strom dann produziert werden, wenn er benötigt wird. Speichern ist nur begrenzt möglich und wenn, dann nur mit Verlusten.

Es gibt außerdem derzeit bei großen Kraftwerksbetreibern wie E.ON die Tendenz, insbesondere die flexiblen Gaskraftwerke stillzulegen, die für die Energiewende gebraucht werden. Denn: Im Gegensatz zu Kohle- und Atomkraftwerken können Gaskraftwerke bei Bedarf schnell hochgefahren werden. Ohne sie würde das Netz destabilisiert. Offensichtlich muss der Staat hier also eingreifen, um die Versorgung sicherzustellen.

Noch besser wäre es allerdings, wenn die Planung der Stromversorgung möglichst bürgernah in kleinen Einheiten wie zum Beispiel Stadtwerken erfolgen würde und nicht in den Zentralen der vier großen Konzerne, die (allzu) lange den deutschen Markt unter sich aufgeteilt hatten.

FAZIT

Dass es mit der Ehrlichkeit in der Debatte über die Energiewende nicht weit her ist, wäre als Fazit hier viel zu schwach: Diejenigen, die versuchen, die Energiewende entweder aufzuhalten oder sie zum nächsten Riesensubventionsprogramm für die Großindustrie zu machen, fantasieren, erfinden und lügen oft wie gedruckt. Während Regierungspolitiker lauthals die hohen Strompreise beklagen, verteilen sie gleichzeitig großzügig Geschenke an industrielle Großverbraucher, die die Last für die privaten Haushalte deutlich erhöhen.

Die Privilegien der Industrie und die damit verbundenen Kosten für die privaten Haushalte hier noch einmal zusammengefasst: Die Befreiung von den Netzentgelten für einen Teil der Industrie kostete bisher die privaten Verbraucher einen halben Cent pro Kilowattstunde. Hinzu kommen die Ausnahmen von der EEG-Umlage (1,3 Cent), die Offshore-Haftung (0,25 Cent) sowie die unsinnige Art der Berechnung der EEG-Umlage, die den Energieversorgern einen Kostenvorteil bringt (2 Cent). Summa summarum belastet die konzernfreundliche Politik der Bundesregierung (und deren Vorgängern jeglicher Couleur) die Stromrechnung der Privathaushalte mit etwa 4,25 Cent pro Kilowattstunde.

Zusätzlich hält auch noch der Fiskus die Hand auf: Auf die EEG-Umlage wird pro Kilowattstunde 1 Cent Mehrwertsteuer draufgeschlagen. Außerdem werden pro Kilowattstunde 2,05 Cent Stromsteuer fällig, die verschleiern als Ökosteuern bezeichnet wird, aber unter anderem der Kohlesubventionierung dient. Andererseits verzichtet der Staat gegenüber der Industrie auf jährlich rund 2 Milliarden Euro, da einer wachsenden Zahl von Unternehmen die Stromsteuer weitgehend zurückerstattet wird.

Doch damit nicht genug. Industrie- und Stromkonzerne sowie in beider Auftrag auch die Bundesregierung machen Front gegen den Ausbau der erneuerbaren Energieträger, die angeblich viel zu teuer sind. Nur eine Spielart lassen sie gelten: die Offshore-Windparks, die für sie «die wichtigste erneuerbare Energiequelle»¹⁵ sind.

15 Werner Marnette, CDU, ehemaliger Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, in: Das Handelsblatt vom 17.7.2012.

Ein Blick auf die nackten Zahlen zeigt allerdings, dass diese Form der Energieerzeugung bereits zu den teuersten gehört. Außerdem ist ihr Beitrag zur Stromversorgung noch verschwindend gering. Sollte jedoch ihr Ausbau demnächst Fahrt aufnehmen, würden sich die Offshore-Windparks schon bald zum wahren Preistreiber entwickeln. Das stünde zwar im Widerspruch zu aller Rhetorik des Regierungslagers. Wir können aber davon ausgehen, dass trotzdem an dieser Technik festgehalten wird.

Der Grund hierfür ist simpel: Die Projekte sind besonders kapitalintensiv und besonders zentralistisch organisiert. Sie entsprechen daher den Strukturen der etablierten Energiekonzerne viel mehr als die meist sehr kleinteiligen Solar- oder Windenergieanlagen an Land. Offshore-Windparks sind bisher das einzige nennenswerte Standbein der alten Stromkonzerne im Bereich der erneuerbaren Energien, allerdings ein noch sehr unterentwickeltes. Der Ausbau auf See kommt seit Jahren nicht recht voran.

Das ist zugleich symptomatisch für die Lage. Die alten Platzhirsche E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW kämpfen um ihre Marktanteile, aber haben keinen «Plan B». Der Ausbau von Offshore-Windparks verzögert sich, während viele – wenn auch leider längst nicht alle – ihrer Pläne für Kohlekraftwerke am politischen Widerstand vor Ort und an finanziellen Problemen gescheitert sind. Trotzdem wird der Ausbau der erneuerbaren Energieträger nach Kräften behindert, bisher vor allem mit einer Propagandaoffensive, der 2013 jedoch Taten folgen sollen: die EEG-Novelle des dynamischen Duos Altmaier und Rösler wird da nur der erste Streich sein.

Die entscheidende Zukunftsfrage lautet also: Gelingt es der Energiewirtschaft, die Dynamik des Ausbaus erneuerbarer Energien zu brechen und Milliardeninvestitionen in überholte Kraftwerkstechnologie und weitere Braunkohletagebaue zu lenken? Oder schaffen wir in den nächsten Jahren den endgültigen Durchbruch zum Umbau der Stromversorgung hin zu einem gerechten, demokratischen und ökologischen Energiesystem?

GLOSSAR

CO₂-Zertifikate: siehe «Emissionshandel».

EEG: Erneuerbare-Energien-Gesetz, zum ersten Mal im Jahr 2000 verabschiedet. Sieht unter anderem die vorrangige Einspeisung des Stroms aus erneuerbaren Energieträgern vor und legt differenzierte Vergütungssätze für Strom aus verschiedensten Anlagentypen fest. Diese werden meist für 20 Jahre garantiert und gelten jeweils für Anlagen, die ab einem bestimmten Datum errichtet werden. Zum Teil sind die Vergütungssätze noch einmal zeitlich gestaffelt. Von Anfang an war eine sogenannte Degression eingebaut, das heißt, in Abständen von einem Jahr, später auch kürzer, wurden die Vergütungssätze für Neuanlagen abgesenkt. Seit Sommer 2012 werden die Sätze für Solarstrom sogar im monatlichen Rhythmus gekürzt. Insbesondere die Vergütungssätze für Solarstrom sind so seit 2008 um gut zwei Drittel reduziert worden. Der Strom aus den alten Anlagen wird zwar noch für den Rest der garantierten 20 Jahre zu den alten Vergütungen bezahlt, aber der Strom aus Neuanlagen wird immer billiger. Das Modell des deutschen EEG wurde in zahlreichen anderen Ländern nachgeahmt und gilt als der weltweit erfolgreichste Ansatz für die Einführung erneuerbarer Energieträger.

34

EEG-Umlage: Das EEG regelt auch, dass der zum Ankauf des Ökostroms verpflichtete Netzbetreiber die Differenz zwischen der durch das EEG vorgeschriebenen Vergütung und dem jeweiligen Strompreis an der Leipziger Börse ersetzt bekommt. Private und gewerbliche Stromkunden – mit Ausnahme der vielen industriellen Großverbraucher, die davon befreit sind – zahlen zusammen mit ihrer Stromrechnung die sogenannte EEG-Umlage (also einen Aufpreis zur Förderung der Erneuerbaren) und finanzieren so diese Differenz (vgl. hierzu auch Punkt 2).

Emissionshandel: Die EU-Mitglieder sowie Liechtenstein, die Schweiz und Island einigen sich jeweils für einen mehrjährigen Zeitraum auf eine bestimmte Menge von CO₂-Emissionen, die den Kraftwerken und Industriebetrieben zugestanden wird. Für das Jahr 2013 sind dies 2,04 Milliarden Tonnen. Bis zum Jahr 2020 sinkt diese Menge jährlich um 1,74 Prozent. Entsprechend dieser Menge werden Zertifikate ausgegeben. Bisher geschah das weitgehend kostenlos, aber ab dem 1. Januar 2013 müssen Kraftwerksbetreiber diese Emissionsrechte vollständig ersteigern. Stahlproduzenten, Aluminiumhütten, Metallschmelzen und Zementhersteller werden etwas großzügiger behandelt. Jeweils im April müssen alle Anlagenbetreiber ihre realen Emissionen des Vorjahres

nach- und die entsprechende Menge an Zertifikaten vorweisen. Für jede Tonne CO₂-Emissionen, für die sie kein Zertifikat besitzen, muss eine Strafe von 100 Euro bezahlt werden. Hierzu kommt es aber so gut wie nie, denn die Unternehmen können nichtgenutzte Zertifikate von anderen erwerben. Zurzeit ist das sogar ausgesprochen günstig, da durch eine großzügige Ausgabepaxis und den krisenbedingten Ausfall von Emissionen in vielen beteiligten Ländern das Angebot wesentlich größer ist als der Bedarf.

Gestehungskosten: Die Kosten, die für die Erzeugung von Strom anfallen. Diese werden in der Diskussion von interessierter Seite wie den Stromkonzernen und liberalen Politikern gern mit den Preisen verwechselt. Der Verband der Elektrotechnik, ein traditionsreicher Verband von Ingenieuren, Wissenschaftlern und Unternehmen der Elektrotechnik und Elektronik, kam im Sommer 2012 in einer Studie zu dem Ergebnis, dass auch bei einem Ökostromanteil von 80 Prozent an der deutschen Stromerzeugung die Kosten nur um zehn Prozent höher als 2010 liegen würden.

Höchstspannungsnetz: Es ist für den Austausch zwischen den Regionen zuständig und bildet das Rückgrat der Stromversorgung. Dieses Netz befindet sich in der Hand von vier großen Betreibergesellschaften: Tennet (ehemaliges E.on-Netz), 50Hertz (ehemals Vattenfall), Amprion (ehemals RWE) und Transnet BW (ehemals EnBW).

Kaltreserve: Bezeichnet Kraftwerke, die zwar ständig in Betriebsbereitschaft sind, aber im Normalfall keinen Strom produzieren (also «kalt» sind). Stattdessen werden sie für den Notfall vorgehalten, das heißt für den unerwarteten Ausfall von Kraftwerken, der nicht mehr durch schon laufende Kraftwerke kompensiert werden kann. Sie produzieren vielleicht nur einmal pro Jahr oder noch seltener Strom.

Netto-Stromproduktion: Im Jahr 2011 wurden in Deutschland 614,4 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt. Davon verbrauchten die Kraftwerke, vor allem die Atomkraftwerke, beachtliche 35,2 Milliarden Kilowattstunden. Die Netto-Stromproduktion betrug also 579,2 Milliarden Kilowattstunden.

Netze: Es gibt verschiedene Netzebenen. Das Rückgrat der Stromversorgung bildet das Höchstspannungsnetz. Daneben gibt es Hochspannungsnetze, die die Verbindung zwischen dem «Rückgrat» und den Verbrauchsregionen darstellen. Kleinere Kraftwerke speisen ihren Strom zumeist in diese Ebene ein. Die Eigentümerschaft ist vielfältig, oft sind auch die großen Energiekonzerne beteiligt. Mittelspannungsnetze übernehmen den Strom in den Kommunen aus dem Hochspannungsnetz und verteilen ihn an kleine Transformatoren und

Großabnehmer. Diese Netze sind gewöhnlich im Besitz lokaler Betreibergesellschaften, die aber durchaus im Besitz großer Konzerne sein können, wie etwa in Hamburg und Berlin.

Offshore: Englischer Ausdruck für «auf See». Die in Deutschland geplanten Windparks im Meer werden mit einigen ganz wenigen Ausnahmen weit draußen auf dem Meer gebaut, sodass sie von Land aus nicht mehr zu sehen sind. Entsprechend ist der Aufwand für Bau und Wartung besonders hoch und der Strom damit teurer.

Onshore: Englischer Ausdruck für «an Land».

Photovoltaik: In den am meisten verbreiteten Solaranlagen wird Sonnenstrahlung direkt in elektrische Spannung umgewandelt. Diese Technik wird Photovoltaik genannt.

Strombörse: Mit der Liberalisierung des Strommarktes wurde zu Beginn des letzten Jahrzehnts in Leipzig eine Börse geschaffen, an der ein Teil des Stroms gehandelt wird. Insbesondere der tagsüber benötigte Spitzenlaststrom war dort bis vor zwei Jahren relativ teuer. Seitdem hat vor allem das große Angebot an Wind- und Solarstrom die Preise deutlich gedrückt.

36

Stromsteuer: 1999 eingeführt, oft irreführenderweise zu den Ökosteuern gezählt. Tatsächlich war eines ihrer wesentlichen Ziele, Einnahmen für die Subvention des Steinkohlebergbaus zu generieren, nachdem der „Kohlepfennig“ 1994 vom Bundesverfassungsgericht gestoppt worden war. Zuvor war der Bergbau in der alten Bundesrepublik seit 1974 über eine Kohlepfennig genannte Abgabe direkt von den Stromverbrauchern subventioniert worden. Außerdem ersetzen die Einnahmen aus der Stromsteuer einen Teil der einstigen Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung. Zurzeit fließen aus dem Bundeshaushalt jährlich rund 2 Milliarden Euro in den Steinkohlebergbau. Einige hundert Millionen Euro steuert zusätzlich das Land Nordrhein-Westfalen bei. Im Jahr 2012 bezahlten Privathaushalte 2,05 Cent pro Kilowattstunde Stromsteuer und Industriebetriebe 1,54 Cent pro Kilowattstunde. Rund 23.000 Betriebe des verarbeitenden Gewerbes konnten nachträglich eine Rückerstattung dieser Steuer um bis zu 95 Prozent beantragen, wodurch dem Bundeshaushalt rund 2 Milliarden Euro entgingen.

ZUM WEITERLESEN

- «Plan N – Handlungsempfehlungen an die Politik», 2010 (unter: <http://www.forum-netzintegration.de/123/?L=0>). Beteiligte aus Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und regionalen Energieversorgern fordern frühzeitige Bürgerbeteiligung beim Netzausbau und führen 81 Maßnahmen auf, mit denen eine hohe Akzeptanz erreicht werden kann.
- «BDEW Strompreisanalyse Mai 2012», 2012. Vom Bundesverband der Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft.
- «Plan B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau», Juni 2012 (unter: <https://www.plan-b-mitmachen.de/>). Eine Projektgruppe der Bundestagsfraktion von DIE LINKE beschreibt, wie Energieversorgung, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft 2050 aussehen könnten und welche Schritte unternommen werden müssten, um einen entsprechenden Wandel voranzutreiben.
- «Energiespeicher für die Energiewende», Juni 2012 (unter: http://www.vde.com/de/Verband/Pressecenter/Pressemappen/documents/2012-06-11/etg-speicherstudie_bpk_2012-06-11-v5_handout.pdf). Vom Verband der Elektrotechnik, Elektronik, Informationstechnik.
- «Auswirkungen der Börsenstrompreise auf die Verbraucherstrompreise», August 2012 (unter: http://www.energieverbraucher.de/files_db/1353571314_3501__12.pdf). Gunnar Harms analysiert in einem Kurzgutachten für die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen die Strompreiserhöhungen seit 2007.
- «Die Energiewende in Brandenburg – Chance für eine sozialökologische Transformation?» Oktober 2012 (unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_Nachhaltigkeit_Energiewende.pdf). Dieter Klein analysiert in einer Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Energiepolitik in Brandenburg.
- «Bürger-Kraft-Werke – Konjunktur der Energiegenossenschaften», Oktober 2012 (unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_Nachhaltigkeit_BuergerKraftWerke.pdf). Manfred Maruda analysiert für die Rosa-Luxemburg-Stiftung ausführlich verschiedene deutsche Energiegenossenschaften und diskutiert die Frage, ob Genossenschaften einen Schritt auf dem Weg zum Sozialismus darstellen.
- «Lobbykampf um die Energiewende», Oktober 2012 (unter: <http://www.boell.de/oekologie/marktwirtschaft/oekologische-marktwirtschaft-lobbykampf-um-die-energiewende-15704.html>). Dorothee

Landgrebe, die Ökologieexpertin der Heinrich-Böll-Stiftung, kommentiert die jüngsten Angriffe auf die Energiewende.

- «Steigende EEG-Umlage: Unerwünschte Verteilungseffekte können vermindert werden», Oktober 2012 (unter: http://www.agora-energiewende.de/fileadmin/downloads/Analyse_Steigende_EEG-Umlage_DIW_web.pdf). Karsten Neuhoff und Kollegen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung kommen zu dem Ergebnis, dass sich soziale Härten durch Freibeträge bei der Stromsteuer, leichte Erhöhungen der Hartz-IV-Sätze sowie gezielte Energieberatung vermeiden ließen.
- «Wie die Energiewende sozial wird», Oktober 2012 (unter: <http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/wie-energiewende-sozial-wird-2012-10-10/>). Die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE beschreibt in einem knappen Positionspapier, wie der Strompreis für die privaten Verbraucher abzusenken wäre, ohne dass die Energiewende darunter leiden müsste.
- «Industriebegünstigungen bei der EEG-Umlage und deren Auswirkungen auf die restlichen Stromverbraucher», Oktober 2012 (unter: http://www.foes.de/pdf/2012-10-Industriebeguenstigung_EEG-Umlage.pdf). Lena Reuster und Swantje Küchler vom Forum für Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft analysieren die verschiedenen Vergünstigungen für die energieintensive Industrie bei der Gestaltung der Steuern und Abgaben auf den Strompreis.
- «Daten zur Energiepreisentwicklung – Lange Reihen von Januar 2000 bis Oktober 2012», November 2012. Statistisches Bundesamt.
- «Strompreisdebatte beenden – Fairen Lastenausgleich wieder herstellen», November 2012 (unter: http://www.duh.de/uploads/media/DUH-Hintergrund_Strompreis-Debatte.pdf). Die Deutsche Umwelthilfe analysiert in einem Hintergrundpapier die Schieflagen der Debatte.
- «Faktenpapier Strompreise in Deutschland», November 2012 (unter: http://www.dihk.de/presse/jahresthema-2012/faktenpapier-strompreise.pdf/at_download/file?mdate=1354105029784). Deutscher Industrie- und Handelskammertag.

Impressum

luxemburg argumente Nr. 4

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2193-5831 · Redaktionsschluss: März 2013

Autor: Wolfgang Pomrehn

Redaktion: Steffen Kühne, Tazio Müller, Stefan Thimmel

Fotos: energiedebatte.ch/Flickr, Seite 17; KMJ/Wikipedia, Seite 10

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

AKTUELLE VERÖFFENTLICHUNGEN



Ulrich Brand

SCHÖNE GRÜNE WELT **Über die Mythen** **der Green Economy**

Die Green Economy gilt als Wunderwaffe – sie stoppt Klimawandel und Artensterben, schafft Wachstum und Millionen Arbeitsplätze. Aber was leistet sie wirklich?

luxemburg argumente Nr. 3,
3. aktualisierte, überarbeitete Aufl.
März 2013, ISSN 2193-5831

Download unter:

www.rosalux.de/publication/38335



Autorenkollektiv

VON WEGEN CASINO **Populäre Irrtümer über Banken,** **Börse und Kredit**

Nicht erst seit der Finanzkrise stehen Banken und Finanzmärkte im Fokus – und am Pranger. Was ist dran an den populären Ansichten und Argumenten über Kredit, Banken und Börsen? Und wo gehen sie an der Realität vorbei?

luxemburg argumente Nr. 5,
März 2013, ISSN 2193-5831

Download unter:

www.rosalux.de/publication/39098

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



1 4 5 1 5



 kWh

U

E11
503